

Forderungen des Netzwerks Wissenschaftspolitik von SozialdemokratInnen zur Fortführung des Paktes für Forschung und Innovation (PFI)

Für die Weiterentwicklung der deutschen Forschungslandschaft vereinbaren Bund und Länder seit 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI). Mit dem Pakt verpflichten sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung – die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft sowie die Leibniz-Gemeinschaft – auf forschungspolitische Ziele. Der Fokus lag bisher auf einer besseren Vernetzung im Wissenschaftssystem, der internationalen Zusammenarbeit, dem Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Nachwuchsförderung.

Die Mittelvergabe wird von der Politik in regelmäßigen Abständen überprüft und aktuell für die Förderphase 2021-2025 verhandelt. Damit auch hierüber ein Beitrag zu dem im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD festgesetzten Zielen „den wichtigen Weg für gute Arbeit in der Wissenschaft fortzusetzen“ sowie „Ziele und Instrumente des PFI insbesondere zur Gleichstellung (...) weiterzuentwickeln“ geleistet wird, fordert unser Netzwerk von Bund und Ländern insbesondere folgende Vereinbarungen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu treffen:

1. 100 % Tarifbindung durchsetzen

Staatliche Mittel sollten für Tarifverträge verwendet werden. Daher muss künftig der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) bei allen über den PFI finanzierten Organisationen angewandt werden.

2. Befristete Beschäftigung eindämmen

Der Anteil der befristet beschäftigten MitarbeiterInnen muss reduziert werden. Das bedeutet in einem ersten Schritt, dass die Zahl befristet Beschäftigter bis 2025 um 20 % reduziert werden muss.

3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern endlich angehen

Der Anteil der Frauen in Führungspositionen betrug bei der Fraunhofer-Gesellschaft im Jahr 2017 laut GWK-Bericht „Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung“ 4,4 %. Nicht zuletzt diese Zahl macht deutlich, dass das Kaskadenmodell überdacht und verworfen werden muss. Statt noch mehr Mentoring und Nachwuchsakademien speziell für Frauen, brauchen wir dringend ehrgeizige Zielzahlen und verlässliche Karrierewege. Die Hälfte aller Professuren, Leitungsfunktionen und weiteren wissenschaftlichen Positionen müssen künftig mit Frauen besetzt werden.

4. Mitbestimmung ermöglichen

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb ihrer Organisationen überprüfen und ausbauen. Statusgruppen wie DoktorandInnen, Postdocs, unterstützendes Personal und studentische Beschäftigte sollten in den Gremien und an den Berufungsverfahren beteiligt werden. Auf Institutsebene sollen Institutsräte gewählt werden.

5. Befristungsquote statistisch erfassen

Um die Situation an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen vollumfänglich bewerten zu können, muss künftig bei der Erhebung der Statistiken der Anteil befristet Beschäftigter und unbefristet Beschäftigter unter den hauptamtlich tätigen Beschäftigten sowie der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Forschungsorganisationen nach Geschlecht, Qualifikationsstufe und Beschäftigungsdauer erfasst werden.